

PRESSEMITTEILUNG

Informationsflut verunsichert Eltern

Täglich melden sich immer mehr besorgte Eltern, die durch eine Vielzahl unseriöser, aber auch seriöser Meldungen stark verunsichert werden. Das Schulministerium hat diese Woche Handlungsempfehlungen an alle Schulen herausgegeben, verweist aber darauf, dass die Hoheit über Schutzmaßnahmen die Gesundheitsbehörden unter Aufsicht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben. Evtl. Maßnahmen werden dann von den kommunalen Gesundheitsämtern Vorort entschieden. Aber die Verantwortung für schulische Veranstaltungen und Fahrten sollen Schulleitungen tragen. So müssen die einzelnen Schulleiter*innen allein die Lage bewerten, ob sie trotz hoher finanzieller Verluste Veranstaltungen und Fahrten absagen oder das Risiko eingehen sie durchzuführen. Dadurch kommt es zu sehr unterschiedlichen Handhabungen an den Schulen.

Die Verantwortung wird damit von der politischen Entscheidungsebene und höchsten Verwaltungsebene so tief wie möglich abgewälzt - auf die Schulleitung. Niemand möchte aber auf Grund der sich ständig verändernden Situation zu spät oder zu früh reagieren. Dennoch wird ein Laie zum verantwortlichen Entscheider über gesundheitliche Schutzmaßnahmen.

Diese sehr unterschiedlichen Vorgehensweisen innerhalb einer Kommune verstärken Ängste, die zunehmend zu Verwerfungen eines normalen Umgangs führen. Um weitere Verschärfungen zu verhindern, sollten angesetzte Ausflüge, Veranstaltungen oder Klassenfahrten nicht mehr allein von der Schulleitung bewertet werden, sondern müssen entweder situationsorientiert und prozessbeteilt von den jeweils betroffenen Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen gemeinsam neu bewertet werden oder allgemein durch das Ministerium geregelt werden. Niemand kann vorhersehen oder Sicherheiten versprechen, ob Kinder sich nicht auf Veranstaltungen, in Reisegebieten oder Vorort anstecken und dann evtl. wegen Infektions-Verdacht in Quarantäne genommen werden.

Um Druck aus dieser unsicheren Situation für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen zu reduzieren, sollten die anstehenden Fahrten und Veranstaltungen derzeit nicht mehr als schulische Pflichtveranstaltung

durchgeführt werden, sondern müssen ein freiwilliges Angebot werden, das verbindlich mit allen Betroffenen neu zu bewerten ist. Dies bedeutet aber auch, dass die Schüler*innen auf Grund der allgemeinen Schulpflicht weiterhin zur Schule gehen müssen. Weil Schulen aber Zwangsgemeinschaften sind und Eltern ihre Kinder nicht zur Vorsorge von der Schulpflicht entbinden können, sollten in allen Schulen auch alle Akteure zur Risiko- und Folgenbewertung ein Recht auf Information erhalten.

Es ist aber überhaupt nicht hinnehmbar, dass Familien verspottet, belächelt oder ausgegrenzt werden, weil sie Ängste haben und noch weniger zu dulden, dass Menschen anderer Herkunft gemieden oder gemobbt werden, nur weil sie erkältungsähnliche Symptome zeigen.

Sollte die Gefahrenlage aber tatsächlich größer sein als bislang bekannt, dann sehen wir die zuständigen Ministerien MAGS und MSB, sowie die Landesregierung in der vollen Verantwortung umgehend einheitliche Entscheidungen zu treffen, die für alle Kommunen und Schulen gültig sein müssen.

Corona wird zu einem Stressstest unseres Notfallmanagements und ein Belastungstest für unsere Demokratie und Solidarität. Somit bleibt Angst ein schlechter Ratgeber, aber diese zu ignorieren, ist eine noch viel schlechtere Option.